

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2416

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2416



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Ungebremste Masseneinwanderung

Auf dem direkten Weg zur Zehn-Millionen-Schweiz

Von Andreas Glarner, Nationalrat, Oberwil-Lieli

Soeben ist die neuste Statistik zur Zuwanderung erschienen. Ende 2019 lebten über 8'600'000 Menschen, davon 2'111'412 Ausländer in unserem Land. Dies ist ein absoluter Rekordbestand! Im Vergleich mit 2006 leben nun über eine Million mehr Menschen in der Schweiz.

Per 31. Dezember 2019 lebten netto 55'017 Ausländer mehr in der Schweiz als ein Jahr zuvor. Doch diese Zahl täuscht – denn effektiv sind 140'554 Ausländer zu uns gekommen. Die Differenz ergibt sich aus der Zahl der Heimkehrer. Hierbei handelt es sich meistens um bestens integrierte Spanier, Portugiesen, Italiener und Griechen, welche unser Land nach einem reichen Arbeitsleben verlassen.

Trotz Masseneinbürgerungen liess sich der Bestand nicht senken

2019 wurden in der Schweiz 39'946 Personen eingebürgert. Die Schweiz bürgert ein, wie wenn es bald verboten würde. Seit 1985 haben wir 800'000 Menschen zu Schweizern gemacht – davon allein über 400'000 in den letzten zehn Jahren. 38 Prozent der Eingebürgerten stammen aus dem Balkan oder der Türkei. Man kann es nicht anders sagen: Der Bundesrat versucht, unser Ausländerproblem «einzuschweizern».

Und trotzdem leben in der Schweiz über 2,1 Mio. Ausländer. Nicht erwähnt und nicht mitgezählt sind die hier vermutlich über 100'000 «Sans Papiers» und die untergetauchten Asylbewerber.

Herkulesaufgabe Integration

Es sind also jährlich über 140'000 Personen zu integrieren! Eine Herkulesaufgabe, die – wie wir alle wissen – fast nicht zu bewältigen ist. Vor

allem unsere Schulen in den Städten und Agglomerationsgemeinden stehen vor dem Kollaps. Zu gross ist die Zahl der zu integrierenden Ausländer.

Diese kommen mehrheitlich aus – höflich gesagt – bildungsfernen Elternhäusern. Nur getraut sich dies natürlich niemand mehr zu sagen. Die verbleibenden Schweizer resignieren, ziehen weg oder schicken ihre Kinder in eine Privatschule.

Und man vermehrt sich

69'334 oder nur 49,3 Prozent aller Zuwanderer kamen als Arbeitskräfte zu uns. 40'197 Personen oder rund 30 Prozent aller Zuzüger kamen unter dem Titel «Familiennachzug» in unser Land.

Zudem ist eine grosse Mehrheit der Zuwanderer zwar unterdurchschnittlich begabt, dafür überdurchschnittlich gebärfreudig.

Arbeitslosigkeit

Diese unterdurchschnittliche Begabung äussert sich folglich in der Statistik der Arbeitslosigkeit. Die Schweiz hat eine hohe Arbeitslosigkeit – dies wird aber nur ersichtlich, wenn man die Ausgesteuerten zur Statistik dazuzählt. Heute wird nämlich, wer nach zwei Jahren vom RAV zur Sozialhilfe der Gemeinden wechselt, nicht mehr als «arbeitslos» erfasst.

117'277 Personen waren per 31.Dezember 2019 bei den RAV als arbeitslos gemeldet. 49,3 Prozent waren Ausländer. Es ist doch einfach absurd, die ungehinderte Zuwanderung von Ausländern zuzulassen, wenn gleichzeitig rund 58'000 Ausländer angeblich eine Stelle suchen!

Es ist schier unglaublich: Allein ins Gastgewerbe wanderten im Jahr 2019 nicht weniger als 6'542 Personen ein. In diesem Bereich suchen aber gemäss Statistik angeblich oder tatsächlich 9'478 Menschen eine Stelle.

Fast vergessen gehen auch die Grenzgänger: 316'643 Personen haben eine Bewilligung als Grenzgänger – und natürlich nehmen alle diese Personen einer Arbeitskraft bei uns die Stelle weg.

Begrenzungsinitiative – das Gebot der Stunde!

Die Gegner haben sich erfrecht, die Begrenzungsinitiative zur «Kündigungsinitiative» umzubenennen – und die Presse übernimmt diesen Begriff natürlich mit Genuss. Aber falls es die EU tatsächlich darauf ankommen liesse – was hiesse dies denn?

Bei einer Kündigung der Personenfreizügigkeit wäre nur das Weiterbestehen der sieben Verträge der Bilateralen I gefährdet. Das wichtige Freihandelsabkommen von 1972, aber auch das Abkommen über Zollerleichterungen sowie Dutzende Kooperationsabkommen und die mehr als hundert anderen Abkommen würden bestehen bleiben.

Die Grenzen werden nicht geschlossen und der Handel bricht nicht ab. Die EU und die Schweiz werden weiterhin bilateral zusammenarbeiten, verhandeln und weitere Verträge in gegenseitigem Interesse abschliessen.

Unser Handel mit der EU

Zahlreiche Länder machen mit der EU gute Geschäfte – ohne deren Regeln übernehmen zu müssen. Wir haben ein Handelsbilanzdefizit mit der EU – das heisst: Wir kaufen der EU mehr ab als sie uns! Genau betrug die Exporte 2018 121,35 Milliarden in die 28 EU-Staaten – und für 141,81 Milliarden hat die Schweiz aus der EU Waren und Dienstleistungen importiert.

Nach Amerika exportieren wir bereits rund dreissig Prozent des Volumens, welches wir in die EU verkaufen können – Tendenz stark steigend. Und: Die Schweiz ist nach wie vor der dritt wichtigste Kunde der EU – nach den USA und China. Wir machen sieben Prozent aller Exporte der EU aus – obwohl ein kleines Land. Im Bereich der Dienstleistungen sind wir sogar der zweitbeste Kunde hinter den USA.

Haben wir denn nichts in der Hand? Doch: Wir gewähren weit über 300'000 Menschen als Grenzgänger Arbeit in unserem Land – Tendenz stark steigend. Über die Hälfte davon stammt übrigens aus Frankreich, 20 Prozent aus Deutschland. Hier hätten wir ein enormes Druckmittel in der Hand. Ebenso beim Landverkehr. Wir könnten beispielsweise den Durchfahrtspreis massiv erhöhen.

Wir müssen der echten, realen Wirtschaft beibringen, dass wir keineswegs dagegen sind, dass die Wirtschaft genügend Arbeitskräfte bekommt. Aber wir wollen auslesen, wer zu uns kommt – und auch klar sagen können, wen wir nicht wollen! Sieht denn die Wirtschaft nicht, dass bald nur noch Einwanderung in unser Sozialsystem stattfindet? Will man es nicht sehen? Oder ist es der Wirtschaft einfach egal?

Man kann es in einem Satz zusammenfassen: Freie Zuwanderung und ein ausgebauter Sozialstaat sind miteinander nicht vereinbar!

Andreas Glarner